

06.10.2021 – 10:02 Uhr

Regierung verabschiedet Hochbautenbericht 2022

Vaduz (ots) -

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 5. Oktober 2021 den Bericht und Antrag betreffend die mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2022) zuhanden des Landtags verabschiedet.

Das Land Liechtenstein bewirtschaftet aktuell ein Immobilienportfolio von 100 Gebäuden. Davon stehen 65 Gebäude im Eigentum des Landes und 35 sind gemietet. Das gesamte Immobilienportfolio des Landes Liechtenstein hat in den Bereichen Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten aktuell einen Wert von rund CHF 673'000'000. Zusätzlich sind vier gemeindeeigene Objekte im Schulbautenbereich zu erwähnen (je ein Hallenbad und eine Turnhalle in Triesen und in Balzers), an welchen sich das Land finanziell beteiligt.

Für die strategische Planung von Hochbauprojekten sind im generellen Hochbauplanungskredit für das Jahr 2022 CHF 750'000 budgetiert. Diese Mittel werden eingesetzt, um Bauvorhaben, die sich in einer frühen Planungsphase befinden, zu analysieren, deren Notwendigkeit bzw. Machbarkeit zu prüfen und in Form von Studien als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen aufzubereiten.

Für Bautätigkeiten im Instandsetzungsbereich staatlicher Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten (Erneuerungen, Umbauten, Erweiterungen, Sanierungen) sind für das Jahr 2022 Finanzmittel in der Höhe von CHF 8'427'000 budgetiert.

Im investiven Bereich der Verwaltungsbauten sind für das Jahr 2022 Finanzmittel in der Höhe von CHF 12'200'000 für das neue Dienstleistungszentrum der Liechtensteinischen Landesverwaltung am Giessen in Vaduz budgetiert. Für Investitionen im Bereich der Schulbauten sind CHF 10'400'000 budgetiert. Dies umfasst den Ersatzbau für den Trakt G und eine zusätzliche Massnahme beim Schulzentrum Mühleholz in Vaduz sowie den Neubau des Schulzentrums Unterland II in Ruggell. Die Umnutzung des Post- und Verwaltungsgebäudes in Vaduz für die Liechtensteinische Landesbibliothek verursacht 2022 Ausgaben in der Höhe von CHF 1'125'000. Diese Ausgaben sind im investiven Bereich der Kulturbauten budgetiert.

Die Bewirtschaftungskosten (Betriebs- und Instandhaltungskosten ohne Instandsetzungskosten) der staatlichen Liegenschaften belaufen sich derzeit jährlich auf rund CHF 8'500'000 bis 9'000'000. Darin enthalten sind die Kosten für Bewachung, Reinigung, Energie, Wasser und Instandhaltung.

Für die Miete von Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten sind für das Jahr 2022 rund CHF 7'000'000 budgetiert. Seit Beginn der Umsetzung der Liegenschaftsstrategie für Verwaltungsbauten im Jahr 2012 konnten damit bis 2021 Einsparungen bei den Mietkosten von rund CHF 2'700'000 pro Jahr realisiert werden.

Pressekontakt:

Ministerium für Infrastruktur und Justiz
Romano Kunz, Amt für Bau und Infrastruktur
T +423 236 68 40

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100878836> abgerufen werden.